Verordnung über die kantonale Lehrerversicherungskasse

vom 13. November 1990¹

Landammann und Regierungsrat des Kantons St.Gallen

erlassen

in Anwendung von Art. 10bis Abs. 2 des Gesetzes über die Besoldung der Volksschullehrer vom 30. November 1971²,

in Ausführung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) vom 25. Juni 1982³

als Verordnung:

A. Allgemeine Bestimmungen

Zweck und Rechtsnatur

Art. 1.

¹ Die kantonale Lehrerversicherungskasse (im folgenden Versicherungskasse) dient der Sicherung gegen die wirtschaftlichen Folgen des Alters, der Invalidität und des Todes.

² Sie ist eine unselbständige öffentlich-rechtliche Anstalt des Staates und eine registrierte Vorsorgeeinrichtung nach der Bundesgesetzgebung über die berufliche Vorsorge.

Versicherte

a) Lehrer und Kindergärtnerin der öffentlichen Volksschule

Art. 2.

¹ Der Beitritt zur Versicherungskasse ist obligatorisch für den Lehrer und die Kindergärtnerin, die nach dem Gesetz über die Besoldung der Volksschullehrer⁴ besoldet sind, wenn der Mindestlohn nach BVG⁵ erreicht wird und das Dienstverhältnis mehr als drei Monate gedauert hat oder für mehr als drei Monate eingegangen wurde.

² Der Lehrer und die Kindergärtnerin der öffentlichen Volksschule, welche die Voraussetzungen nach Abs. 1 dieser Bestimmung nicht erfüllen, können der Versicherungskasse beitreten.

b) anderes Schulpersonal

Art. 3.

¹ Sofern der Arbeitnehmer nicht bereits bei einer anderen Vorsorgeeinrichtung obligatorisch zu versichern ist, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerleistungen an die Versicherungskasse vertraglich gesichert sind, das Anstellungsverhältnis mehr als drei Monate gedauert hat oder für mehr als drei Monate eingegangen wurde und der Mindestlohn nach BVG⁶ erreicht wird, kann die Versicherungskasse als Mitglieder aufnehmen:

- a) Lehrer an Berufsschulen, öffentlichen Musikschulen sowie jenen gemeinnützigen st.gallischen Institutionen von Schule und Erziehung, die vom Staat subventioniert werden oder eine Aufgabe erfüllen, die beim Fehlen der Institution von Staat oder Gemeinde übernommen werden müsste;
- b) Schulpsychologen;
- c) weiteres in Schule und Erziehung tätiges Personal der Träger öffentlicher Schulen sowie der in lit. a dieser Bestimmung genannten gemeinnützigen Institutionen.

c) Lehrer der Privatschulen

Art. 4.⁷

¹ Das Bildungsdepartement kann den Beitritt zur Versicherungskasse für Lehrer von Privatschulen, die der regelmässigen Aufsicht der regionalen Schulaufsicht unterstehen, durch Vertrag regeln.

² Als Mitglieder werden Lehrer aufgenommen, die in einem festen, hauptberuflichen Arbeitsverhältnis zur Privatschule stehen und ihre Tätigkeit im Kanton St.Gallen ausüben.

Versicherungsarten

Art. 5.

¹ Die Versicherung gliedert sich in:

- a) Rentenversicherung;
- a^{bis})⁸ Risikoversicherung;
- b) Sparversicherung.

Zuteilung

a) Rentenversicherung

Art. 6.⁹

¹ Der Rentenversicherung wird zugeteilt, wer:

- a) im laufenden Jahr wenigstens das 25. Altersjahr vollendet;
- b) einen Beschäftigungsgrad von wenigstens 50 Prozent aufweist;
- c) ein auf Dauer ausgerichtetes Dienstverhältnis mit gleichmässiger Besoldung aufweist.

a^{bis}) Risikoversicherung

Art. 6bis.¹⁰

¹ Der Risikoversicherung wird zugeteilt, wer im laufenden Jahr wenigstens das 18. und höchstens das 24. Altersjahr vollendet.

b) Sparversicherung

Art. 7.¹¹

¹ Der Sparversicherung wird zugeteilt, wer weder der Rentenversicherung noch der Risikoversicherung zugeteilt ist.

Aufnahmeverfahren

Art. 8.

¹ Die Kassenverwaltung entscheidet über die Aufnahme in die Versicherungskasse und die Zuteilung.

² Die Arbeitgeber melden der Kassenverwaltung die zu versichernden Personen.

³ Die Kassenverwaltung regelt die ärztliche Untersuchung beim Eintritt in die Kasse.¹²

Versicherungsereignisse

Art. 9.

¹ Die Arbeitgeber melden der Kassenverwaltung die Versicherungsereignisse.

² Die Kassenverwaltung trifft die zur Abklärung erforderlichen Massnahmen.

Auskunfts- und Meldepflichten

Art. 10.

¹ Versicherte und Rentenbezüger sowie ihre anspruchsberechtigten Angehörigen sind der Kassenverwaltung und dem Vertrauensarzt gegenüber zu den Auskünften verpflichtet, die für die Versicherung von Bedeutung sind.

² Versicherte und Rentenbezüger haften für Nachteile, die der Versicherungskasse aus unrichtigen, unvollständigen oder ungenauen Angaben oder aus verspäteten Meldungen erwachsen.

Versicherte Besoldung

Art. 11.¹³

¹ Als versichert gilt:

- a) für den Lehrer der öffentlichen Volksschule:
 - 1. ab 28 Wochenlektionen 100 Prozent des aktuellen Gehaltes, vermindert um den Koordinationsabzug;
 - 2. ab 24 Wochenlektionen 90 Prozent des aktuellen Gehaltes, vermindert um den Koordinationsabzug;
 - 3. ab 20 Wochenlektionen 75 Prozent des aktuellen Gehaltes, vermindert um den Koordinationsabzug;
 - 4. ab 17 Wochenlektionen 60 Prozent des aktuellen Gehaltes, vermindert um den Koordinationsabzug;
 - 5. ab 15 Wochenlektionen 50 Prozent des aktuellen Gehaltes, vermindert um den Koordinationsabzug;
 - 6. unter 15 Wochenlektionen der Bruchteil des aktuellen Gehaltes, der sich aus der mathematisch auf die ganze Zahl gerundeten Anzahl Wochenlektionen geteilt durch 30 ergibt, vermindert um den Koordinationsabzug.

Als Wochenlektionen gelten die wöchentlichen Unterrichtslektionen nach Art. 77 Abs. 1 lit. a zuzüglich die auf wöchentliche Lektionen umgerechnete Präsenz nach Art. 77 Abs. 2 des Volksschulgesetzes vom 13. Januar 1983¹⁴;

b) für die Kindergärtnerin der öffentlichen Volksschule:

- 1. ab 23 Wochenlektionen 100 Prozent des aktuellen Gehaltes, vermindert

- um den Koordinationsabzug;
2. ab 20 Wochenlektionen 90 Prozent des aktuellen Gehaltes, vermindert um den Koordinationsabzug;
 3. ab 17 Wochenlektionen 75 Prozent des aktuellen Gehaltes, vermindert um den Koordinationsabzug;
 4. ab 14 Wochenlektionen 60 Prozent des aktuellen Gehaltes, vermindert um den Koordinationsabzug;
 5. ab 12 Wochenlektionen 50 Prozent des aktuellen Gehaltes, vermindert um den Koordinationsabzug;
 6. unter 12 Wochenlektionen der Bruchteil des aktuellen Gehaltes, der sich aus der mathematisch auf die ganze Zahl gerundeten Anzahl Wochenlektionen geteilt durch 24 ergibt, vermindert um den Koordinationsabzug.

Als Wochenlektionen gelten die wöchentlichen Unterrichtslektionen nach Art. 28ter Abs. 1 lit. a zuzüglich die auf wöchentliche Lektionen umgerechnete Präsenz nach Art. 28ter Abs. 2 des Kindergartengesetzes vom 23. Juni 1974¹⁵;

- c) für einen anderen Versicherten die der Kassenverwaltung für den Beschäftigungsgrad gemeldete Besoldung, vermindert um den Koordinationsabzug.

² Erfährt ein Mitglied der Rentenversicherung eine individuelle Verminderung der regelmässigen Besoldung, setzt ihm die Kassenverwaltung eine Frist von 30 Tagen, innert der es die Beibehaltung der bisherigen versicherten Besoldung erklären kann.¹⁶ Es übernimmt die Arbeitgeberbeiträge für die Differenz.¹⁷

³ Nach Vollendung des 60. Altersjahrs kann die versicherte Besoldung in der Rentenversicherung nicht mehr erhöht werden. Vorbehalten bleibt die Erhöhung im Ausmass, das der Erweiterung des Beschäftigungsgrades entspricht.¹⁸

Koordinationsabzug

Art. 12.

¹ Der Koordinationsabzug richtet sich nach dem Koordinationsabzug der Versicherungskasse für das Staatspersonal.

Versicherungsjahre

a) allgemein

Art. 13.

¹ Die Versicherungsjahre werden vom Tag des Beitritts zur betreffenden Versicherungsart an gezählt.

² Bruchteile eines Jahres werden in Tagen berechnet. Ein ganzer Monat zählt als 30 Tage.¹⁹

b) Urlaub und Einstellung im Dienst

Art. 14.

¹ Für die Zeit eines unbezahlten Urlaubs oder einer vorübergehenden Einstellung im Dienst entrichtet der Arbeitnehmer die Arbeitnehmer- und in der Regel auch die Arbeitgeberbeiträge.

² Zahlungserleichterungen können gewährt werden. Art. 24 dieser Verordnung wird sachgemäss angewendet.

Austritt

Art. 15.

¹ Der Versicherte, der ohne Eintreten eines versicherten Ereignisses sein Dienstverhältnis auflöst oder die Voraussetzungen der obligatorischen Versicherung nach BVG nicht mehr erfüllt, scheidet aus der Versicherungskasse aus. Art. 2 Abs. 2 dieser Verordnung bleibt vorbehalten.

Freimitgliedschaft

Art. 16.²⁰

¹ Die Kassenverwaltung kann in begründeten Ausnahmefällen auf Gesuch das Verbleiben in der Versicherungskasse bewilligen.

² Die Bewilligung wird erteilt, wenn die Bezahlung der Beiträge sichergestellt ist.

³ Das Bildungsdepartement kann auf Gesuch die Übernahme von Arbeitgeberbeiträgen von Freimitgliedern nach Abs. 1 bewilligen, wenn sich das Freimitglied verpflichtet, nach Abschluss der Weiterbildung für eine angemessene Zeit im st.gallischen Schuldienst tätig zu sein.

Wechsel der Versicherungsart

Art. 17.

¹ Der Versicherte, welcher die Voraussetzungen einer anderen Versicherungsart erfüllt, scheidet in der Regel aus der bisherigen Versicherungsart aus und tritt in die neue Versicherungsart ein.

² Es gelten die jeweiligen Aus- und Eintrittsbestimmungen.²¹

³ ...²²

Art. 18.²³

Kürzung der Leistungen

Art. 19.

¹ Die Versicherungskasse kann die Leistungen im entsprechenden Umfang kürzen, wenn:

- a) die eidgenössische Alters- und Hinterlassenenversicherung oder die eidgenössische Invalidenversicherung eine Leistung kürzt, entzieht oder verweigert, weil der Anspruchsberechtigte den Tod oder die Invalidität durch schweres Verschulden herbeigeführt hat oder sich einer Eingliederungsmassnahme der eidgenössischen Invalidenversicherung widersetzt;
- b) die Unfallversicherung eine Leistung kürzt, weil der Versicherte besondere Gefahren oder Wagnisse im Sinn der Bundesgesetzgebung über die Unfallversicherung eingegangen ist.

B. Rentenversicherung

I. Finanzierung

Jahresbeitrag

a) Grundbeitrag²⁴

Art. 20.

¹ Der jährliche Grundbeitrag beträgt für den Versicherten und für den Arbeitgeber je 6,25 Prozent der versicherten Besoldung.²⁵

² Der Jahresbeitrag des Versicherten wird in monatlichen Raten von der Besoldung abgezogen.

b) Zuschlag

Art. 20bis.²⁶

¹ Versicherter und Arbeitgeber leisten einen jährlichen Zuschlag nach Anhang 2 dieser Verordnung.

Dauer der Beitragspflicht

Art. 21.

¹ Die Beitragspflicht erlischt mit Ablauf des 63. Altersjahres, spätestens jedoch mit dem Rentenanspruch.

² Die Beitragspflicht kann auf Antrag des Versicherten zur Verbesserung gekürzter Renten über das 63. Altersjahr hinaus verlängert werden.

Nachzahlungen

Art. 22.²⁷

¹ Für individuelle Erhöhungen der versicherten Besoldung leisten der Arbeitgeber und der Rentenversicherte je zur Hälfte eine Nachzahlung nach Anhang 1 dieser Verordnung.

² Wenn der Stand der Rentenversicherung es erfordert, kann das Finanzdepartement bei allgemeinen Erhöhungen der versicherten Besoldung die Nachzahlungspflicht für Arbeitgeber und Rentenversicherte verfügen.

³ Für den Versicherten, der nicht nach dem Gesetz über die Besoldung der Volksschullehrer oder nach der Dienst- und Besoldungsordnung für die Lehrer an Berufsschulen besoldet ist, gelten die im Rahmen der Dienst- und Besoldungsordnung für das Staatspersonal gewährten generellen Reallohnverbesserungen als allgemeine Erhöhung.

Einkaufssummen

a) allgemein

Art. 23.²⁸

¹ In die Versicherungskasse sind die Austrittsleistungen aus der bisherigen beruflichen Vorsorge einzubringen und für den Einkauf zu verwenden.

² Der Altersrentensatz kann durch Einkauf nach Anhang 3 dieser Verordnung bis zum erreichbaren Altersrentensatz zum Zeitpunkt des Eintritts erhöht werden. Bestehen keine Ausstände aus einem Vorbezug für Wohneigentum und ist der Gesundheitszustand gut, so ist die Erhöhung bis zum vollendeten 55. Altersjahr möglich.

³ Einzukaufen sind individuelle Erhöhungen:

- a) infolge Erweiterung des Beschäftigungsgrades;
- b) solange die versicherte Besoldung den der allgemeinen Besoldungsentwicklung angepassten Stand vor ihrer individuellen Verminderung nicht erreicht.²⁹

b) Ratenzahlung

Art. 24.

¹ Für die Entrichtung der Einkaufssumme kann dem Rentenversicherten ein verzinsbares Darlehen gewährt werden, wenn die Rückzahlung mit monatlichen Ratenzahlungen bis zum Erreichen des 60. Altersjahrs gewährleistet ist.³⁰

² Die monatliche Rate beträgt in der Regel wenigstens 1 Prozent der versicherten Besoldung.

³ Der Darlehenszinsfuß wird jährlich auf 1. Februar neu festgelegt. Er entspricht dem variablen Zinsfuß der Versicherungskasse für erstrangige Hypothekendarlehen, wenigstens jedoch dem Zinssatz nach Art. 12 der eidgenössischen Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVV 2).³¹

Ausgleich der Teuerung auf Renten

Art. 25.

¹ Eine nach Beginn der Rente eintretende Teuerung wird im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Versicherungskasse durch eine von dieser zu tragenden Teuerungszulage ausgeglichen.

² ...³²

II. Leistungen

1. Altersleistungen

Altersrentenanspruch

a) Grundsatz

Art. 26.³³

¹ Der Rentenversicherte hat nach erfülltem 63. Altersjahr Anspruch auf eine Altersrente, wenn das Dienstverhältnis nicht verlängert wird.

² Scheidet ein Rentenversicherter nach erfülltem 60. Altersjahr infolge besonderer Verhältnisse, insbesondere wegen verminderter Arbeitsfähigkeit oder aus dienstlichen Gründen, aus, so kann ihm das Bildungsdepartement seine Altersrente vorzeitig zusprechen.

b) Lehrer und Kindergärtnerin

1. ordentliche Pensionierung

Art. 27.

¹ Der Lehrer und die Kindergärtnerin haben Anspruch auf eine Altersrente, wenn sie am Ende des Schuljahrs, in dem sie das 63. Altersjahr erfüllt haben, in den Ruhestand treten.

2. freiwillige vorzeitige Pensionierung ohne Rentenkürzung

Art. 28.

¹ Der Lehrer und die Kindergärtnerin haben Anspruch auf eine ungekürzte Altersrente, wenn sie unter Beachtung der Fristen des Volksschulgesetzes³⁴ frühestens ein Jahr vor dem ordentlichen Übertritt in den Ruhestand pensioniert werden.

3. freiwillige vorzeitige Pensionierung mit Rentenkürzung

Art. 29.

¹ Der Lehrer und die Kindergärtnerin haben Anspruch auf eine gekürzte Altersrente, wenn sie nach erfülltem 60. Altersjahr in den Ruhestand treten.³⁵

² Art. 28 dieser Verordnung bleibt vorbehalten.

c) übrige Rentenversicherte

Art. 30.

¹ Der Rentenversicherte hat Anspruch auf eine gekürzte Altersrente, wenn er nach erfülltem 60. Altersjahr freiwillig aus dem Dienst ausscheidet.

d) Höhe

1. Grundsatz

Art. 31.³⁶

¹ Der Altersrentensatz setzt sich zusammen aus den durch Einkauf und Beitragsjahre erworbenen Prozentpunkten.

² Er erhöht sich mit jedem vollen Beitragsjahr um 50/38 Prozentpunkte und beträgt höchstens 50 Prozentpunkte.

2. verlängerte Beitragspflicht

Art. 32.

¹ Zur Berechnung des Altersrentensatzes wird der Eintritt in die Versicherungskasse um die verlängerte Zeit vorverlegt, wenn die Beitragspflicht nach Art. 21 Abs. 2 dieser Verordnung verlängert wird.

3. freiwillige vorzeitige Pensionierung

Art. 33.

¹ Beim freiwilligen vorzeitigen Übertritt in den Ruhestand wird der Rentenbetrag je Monat, um den der Übertritt vorverlegt wird, um 0,5 Prozent gekürzt.

4. Teilrücktritt

Art. 34.

¹ Wird das Dienstverhältnis in vermindertem Umfang fortgesetzt, so wird eine entsprechende Teilrente ausgerichtet.

Kinderrenten

Art. 35.

¹ Kinder eines Altersrentners haben Anspruch auf eine Kinderrente.

² Die Kinderrente beträgt für:

a) ein Kind	20 Prozent der Altersrente
b) zwei Kinder	38 Prozent der Altersrente
c) drei Kinder	54 Prozent der Altersrente
d) vier und mehr Kinder	70 Prozent der Altersrente

³ Art. 43 dieser Verordnung wird sachgemäss angewendet.

Überbrückungsleistungen

a) Anspruch

Art. 36.

¹ Der Versicherte, dessen Dienstverhältnis über das 63. Altersjahr hinaus andauert und der nicht mehr beitragspflichtig ist, hat beim Übertritt in den Ruhestand Anspruch auf eine Kapitalabfindung. Sie entspricht der seit dem erfüllten 63. Altersjahr nicht ausbezahlten Altersrente ohne Teuerungszulage.

² Versicherte, die in den Ruhestand treten und wenigstens das 60. Altersjahr erfüllt haben, können bis zum Zeitpunkt des Übertritts in den Ruhestand schriftlich die Ausrichtung einer rückzahlbaren Überbrückungsrente in der Höhe von höchstens zwei Dritteln der maximalen einfachen Altersrente der eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung verlangen.³⁷

b) Aus- und Rückzahlung

Art. 37.

¹ Die Auszahlung der Überbrückungsrente beginnt frühestens mit der Ausrichtung der Altersrente und dauert längstens bis zum Beginn des Anspruchs auf eine Rente der eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung.³⁸ Sie erlischt spätestens am Ende des Monats, in dem das ordentliche Rentenalter nach der eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung erreicht wird.³⁹ Stirbt der Bezüger einer Überbrückungsrente, so wird diese letztmals im Sterbemonat ausgerichtet.

² Die Überbrückungsrente ist nach versicherungstechnischen Grundsätzen zurückzuzahlen:

- ⁴⁰ durch Einmaleinlage, fällig zu Beginn des dem Abschluss der Auszahlung folgenden Monats;
- ⁴¹ durch lebenslängliche Kürzung der Altersrente.

³ Die ausbezahlte Überbrückungsrente hat keine Wirkung auf die Hinterlassenenleistungen.

2. Hinterlassenenleistungen

Ehegattenrente

a) Anspruch

1. Grundsatz

Art. 38.⁴²

¹ Beim Tod eines Versicherten, eines Alters- oder eines Invalidenrentners hat der überlebende Ehegatte Anspruch auf eine Ehegattenrente, wenn er:

- a) für den Unterhalt eines oder mehrerer Kinder aufkommen muss;
- b) das 45. Altersjahr zurückgelegt und die Ehe wenigstens fünf Jahre gedauert hat.

² Erfüllt der überlebende Ehegatte keine der Voraussetzungen nach Abs. 1 dieser Bestimmung, so hat er Anspruch auf eine Kapitalabfindung in der Höhe von drei Jahresrenten.

³ Der überlebende Ehegatte, den am Tod ein schweres Verschulden trifft, ist von Ehegattenrente und Kapitalabfindung ausgeschlossen.

⁴ Der Anspruch auf die Ehegattenrente beginnt am Tag, nach dem der Anspruch des Verstorbenen auf Lohn, Alters- oder Invalidenrente erloschen ist.

2. Wiederverheiratung

Art. 39.

¹ Heiratet der überlebende Ehegatte, so bleibt ihm der Rentenanspruch gewahrt. Der Anspruch ruht jedoch während der Dauer der neuen Ehe.

² Dem überlebenden Ehegatten wird auf Antrag innert eines Jahrs nach Heirat eine Kapitalabfindung in Höhe von drei Jahresrenten als Auskauf der Rentenanwartschaft ausgerichtet.

³ Erwirbt der überlebende Ehegatte einen Anspruch auf eine weitere Ehegattenrente, so wird diese auf die frühere Ehegattenrente angerechnet.

b) Höhe

Art. 40.

¹ Die Ehegattenrente beträgt 70 Prozent der im 63. Altersjahr erreichbaren Altersrente oder der vor dem Tod bezogenen Alters- oder Invalidenrente.⁴³

² Ist der Ehegatte mehr als 15 Jahre jünger als der verstorbene Ehegatte, so ermässigt sich der Rentensatz für jedes über diesen Altersunterschied hinausgehende Jahr um 2 Prozentpunkte.

c) Anspruch des geschiedenen Ehegatten

Art. 41.

¹ Die Ansprüche der geschiedenen Ehegatten richten sich in Voraussetzung und Höhe nach den Vorschriften des BVG über die Ansprüche der geschiedenen Frau.

Waisenrente

a) Anspruch

1. Grundsatz

Art. 42.

¹ Die Kinder eines verstorbenen Versicherten oder eines Alters- oder Invalidenrentners haben Anspruch auf eine Waisenrente.

2. Beginn und Dauer

Art. 43.

¹ Der Anspruch beginnt nach dem Tag, an dem der Anspruch des Verstorbenen auf Lohn, Alters- oder Invalidenrente erloschen ist.

² Der Anspruch dauert bis zum vollendeten 18. Altersjahr des Kindes, längstens bis zum vollendeten 25. Altersjahr, wenn das Kind noch in Ausbildung, erwerbsunfähig oder zu höchstens 20 Prozent erwerbsfähig ist.⁴⁴

³ Die Kassenverwaltung kann die Waisenrente zusprechen:

- a) unter den Voraussetzungen nach Abs. 2 dieser Bestimmung bis längstens zum 30. Altersjahr;
- b) bei Invalidität der Waise in Härtefällen über das 30. Altersjahr hinaus.

b) Höhe

Art. 44.

¹ Die Höhe entspricht derjenigen der Kinderrenten nach Art. 35 Abs. 2 dieser Verordnung. Die Renten werden gleichmässig unter die Kinder verteilt.

² Vollwaisen erhalten eine doppelte Waisenrente.

³ Gehörten beide verstorbenen Elternteile der Versicherungskasse an, so wird nur eine Vollwaisenrente ausgerichtet. Sie bemisst sich nach dem höheren der beiden Beträge, die sich durch Umrechnung der versicherten Besoldungen auf den gemeinsamen, jedoch auf 100 Prozent begrenzten versicherten Beschäftigungsgrad ergeben.

3. Invalidenleistungen

Invalidität⁴⁵

Art. 45.⁴⁶

¹ Die Kassenverwaltung stellt die Invalidität auf der Grundlage der Verfügung

der eidgenössischen Invalidenversicherung⁴⁷ oder des Vertrauensarztes fest.

² Der Begriff der Invalidität richtet sich nach dem Bundesgesetz über die Invalidenversicherung⁴⁸.

Invalidenrente

a) Anspruch

Art. 45bis.⁴⁹

¹ Ein Rentenversicherter, der infolge Krankheit oder Unfalls erwerbsunfähig geworden ist und deshalb seine bisherige oder eine andere zumutbare Tätigkeit nicht mehr oder nicht mehr voll ausüben kann, hat Anspruch auf eine lebenslängliche Invalidenrente.

² Der Anspruch auf die Invalidenrente beginnt mit der Ausrichtung der Invalidenrente der eidgenössischen Invalidenversicherung⁵⁰.

b) Höhe

Art. 46.

¹ Die Invalidenrente entspricht der im 63. Altersjahr erreichbaren Altersrente.⁵¹

² Bei Teilinvalidität wird eine entsprechende Teilrente ausgerichtet.

Überbrückungsrente⁵²

Art. 47.⁵³

¹ Ergibt die vertrauensärztliche Untersuchung eine teilweise oder volle Erwerbsunfähigkeit, hat der Versicherte nach Ablauf der Lohnfortzahlung Anspruch auf eine Überbrückungsrente in der Höhe der Invalidenrente nach dieser Verordnung zuzüglich der entsprechenden minimalen Invalidenrente der eidgenössischen Invalidenversicherung⁵⁴. Bei Teilinvalidität wird die Überbrückungsrente entsprechend gekürzt.

² Die Überbrückungsrente wird bis zur Ausrichtung der Invalidenrente der eidgenössischen Invalidenversicherung⁵⁵ ausgerichtet. Die anstelle der eidgenössischen Invalidenversicherung⁵⁶ ausgerichtete Invalidenrente wird zurückgefordert, soweit sie von der eidgenössischen Invalidenversicherung rückwirkend ausgerichtet wird.

Ersatzrente

Art. 47bis.⁵⁷

¹ Entsteht kein Anspruch auf eine Invalidenrente der eidgenössischen Invalidenversicherung⁵⁸, so wird eine Ersatzrente in der Höhe der vertrauensärztlich festgestellten Teilinvalidität ausgerichtet.

Kinderrente

Art. 48.

¹ Kinder eines Invalidenrentners haben Anspruch auf eine Invaliden-Kinderrente.

² Die Invaliden-Kinderrente entspricht der Kinderrente des Altersrentners. Art. 35 Abs. 2 und Art. 43 dieser Verordnung werden sachgemäss angewendet.

Leistungskürzung

Art. 49.

¹ Erzielt ein Invalidenrentner einen regelmässigen Arbeitsverdienst oder andere Bezüge aus Erwerbstätigkeit, eine andere Rente, die zusammen mit den Invalidenleistungen die auf den aktuellen Zeitpunkt angepasste Besoldung, welche der Rentenberechtigte zuletzt erzielt hat, einschliesslich 13. Monatsgehalt, Sozialzulagen und Teuerungszulage, übersteigt, so werden die Invalidenleistungen um den Mehrbetrag gekürzt.

² Vorbehalten bleibt die Verwendung von Renten zur Deckung von Kosten aus Krankheit und Unfall.

³ Die Kürzung oder der Entzug der Invalidenleistungen dauert längstens bis zum vollendeten 63. Altersjahr.

Entzug

Art. 50.⁵⁹

¹ Die Kassenverwaltung kann dem Rentenbezüger die Invalidenrente ganz oder teilweise entziehen, wenn er:

- a) wieder erwerbsfähig wird und sich weigert, eine ihm zumutbare Beschäftigung auszuüben;
- b) sich einer Eingliederungsmassnahme der eidgenössischen Invalidenversicherung widersetzt;
- c) sich weigert, der Kassenverwaltung auf Verlangen wahre und vollständige

Auskunft über einen anderweitigen Verdienst zu geben.

4. Freizügigkeitsleistungen und Abfindungen

Austritt

a) Grundsatz

Art. 51.⁶⁰

¹ Ein Rentenversicherter, der ohne Anspruch auf eine Rente ganz oder teilweise aus der Versicherungskasse ausscheidet, hat Anspruch auf eine Austrittsleistung.

² Je Franken erreichte Altersrente wird ein Betrag nach Anhang 3 dieser Verordnung ausgerichtet. Die Austrittsleistung wird nach Art. 16 des Freizügigkeitsgesetzes⁶¹ berechnet und entspricht wenigstens dem Mindestbetrag nach Art. 17 des Freizügigkeitsgesetzes⁶².

³ Noch geschuldete Nachzahlungen, Eintrittsleistungen und Einkaufsbeteiligungen des Arbeitgebers werden zuzüglich Zinsen nach den Bestimmungen des Freizügigkeitsgesetzes⁶³ von den Austrittsleistungen abgezogen.

b) Bundesrecht⁶⁴

Art. 52.⁶⁵

¹ Die Versicherungskasse erfüllt die Ansprüche auf Austrittsleistungen nach den bundesrechtlichen Vorschriften.

² Sie erhebt keine gesonderten Risikobeiträge für den Vorsorgeschutz.

Abfindung nicht rentenberechtigter Angehöriger

Art. 53.

¹ Hinterlässt ein Rentenversicherter keine Rentenberechtigten und hat er selbst keine Renten bezogen, so leistet die Versicherungskasse an bedürftige Eltern, Geschwister oder elternlose Grosskinder bis zum vollendeten 16. Altersjahr eine Abfindung, wenn diese Angehörigen vom Versicherten wesentlich unterstützt wurden.

² Die Abfindung wird von der Kassenverwaltung festgesetzt. Sie darf die vom verstorbenen Versicherten geleisteten Einzahlungen ohne Zins nicht übersteigen.

³ Verbleibende Arbeitnehmer- und Arbeitgeberzahlungen werden der Spezialreserve zugewiesen.

Art. 54.⁶⁶

¹

III. Übrige Vorschriften

Bemessung der Leistungen

Art. 55.

¹ Die Bemessung der Leistungen richtet sich nach der letzten versicherten Besoldung und, mit Ausnahme der Bestimmungen über die Rentenkürzung, nach den Vorschriften im Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsereignisses.

Rentenauszahlung

Art. 56.

¹ Die Renten werden in monatlichen Raten ausbezahlt.

² Der Rentenanspruch beginnt am Tag, nach dem der Anspruch auf das Gehalt, den Gehaltsnachgenuss oder auf eine andere Kassenrente erloschen ist.

³ Er erlischt auf Ende des dem Sterbemonat des Rentenbezügers folgenden Monats, soweit nichts anderes bestimmt ist.

Vorbehalt

Art. 57.⁶⁷

¹ Rentenversicherten mit gesundheitlichem Vorbehalt werden im ersten Versicherungsjahr für die Risiken Invalidität und Tod im Zusammenhang mit dem Vorbehalt Leistungen von 50 Prozent der vollen Ansätze gewährt.

² Der Prozentsatz erhöht sich für jedes Versicherungsjahr um 10 Prozent bis höchstens 100 Prozent.

Sicherung der Renten

Art. 58.

¹ Der Anspruch auf Leistungen der Rentenversicherung kann vor der Fälligkeit weder verpfändet noch abgetreten werden. Vorbehalten bleiben die

Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Wohneigentumsförderung⁶⁸ mit Mitteln der beruflichen Vorsorge und besondere Bestimmungen der Kassenverwaltung zur Wohneigentumsförderung.⁶⁹

Sperrguthaben

Art. 59.⁷⁰

¹ Dem Sperrguthaben des Rentenversicherten werden gutgeschrieben:

- a) eingebrachte Austrittsleistungen, soweit sie das Altersguthaben nach BVG⁷¹ übersteigen und nicht für den Einkauf verwendet werden müssen;
- b) die Austrittsleistung nach Art. 51 dieser Verordnung bei Herabsetzung des versicherten Beschäftigungsgrades.

² Das Guthaben wird zum aktuellen Zinssatz der St.Gallischen Kantonalbank für Freizügigkeitskonti verzinst und kann für die Verbesserung der eigenen Vorsorge verwendet werden.

³ Beim Ausscheiden aus der Rentenversicherung wird das Guthaben zuzüglich Zinsen zur Austrittsleistung hinzugezählt, bei Eintritt eines Versicherungsereignisses ausbezahlt.

Konkurrierende Ansprüche

Art. 60.

¹ Die Kassenrenten werden gekürzt, auch nach vollendetem 63. Altersjahr des Rentners, soweit sie zusammen mit Leistungen Dritter aus Gesetz oder aus Haftpflicht infolge unerlaubter Handlung und mit den Leistungen der eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung oder der eidgenössischen Invalidenversicherung nachstehende Prozentsätze der Besoldung des im Dienst stehenden Personals der entsprechenden Besoldung, welche der Rentenberechtigte zuletzt erreicht hat, einschliesslich 13. Monatsgehalt, Sozialzulagen und Teuerungszulage, übersteigen:

a) Alters- und Invalidenrente	100 Prozent
b) Ehegatten- und Waisenrente:	
1. bei vier und mehr Kindern	90 Prozent
2. bei drei Kindern	85 Prozent
3. bei zwei Kindern	80 Prozent
4. bei einem Kind	75 Prozent
c) Ehegattenrente ohne Kinder	70 Prozent

² Genugtuungssummen werden für die Kürzung nicht mitberücksichtigt.

³ Kapitalleistungen von Dritten werden in Renten umgerechnet.

⁴ Leistungen ausländischer Sozialversicherungen werden angerechnet.

⁵ Solange ein Dritter seine Leistung verweigert, gewährt die Versicherungskasse gegen Abtretung des Anspruchs die vollen Renten. Vorbehalten bleibt Abs. 1 dieser Bestimmung.

Kapitalabfindung

Art. 61.

¹ Anstelle der Rente wird in der Regel ihr Barwert als Kapitalabfindung ausgerichtet, wenn die Alters- oder die Invalidenrente weniger als 10 Prozent, die Ehegattenrente weniger als 6 Prozent oder die Waisenrente weniger als 2 Prozent der einfachen Mindestaltersrente der eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung beträgt.

Verrechnungen

Art. 62.

¹ Bei Auszahlung einer Leistung der Rentenversicherung werden ausstehende Beiträge, Nachzahlungs- und Einkaufssummen verrechnet.

² Die Verrechnung kann auf Antrag zeitlich angemessen verteilt oder durch eine gekürzte Rente ausgeglichen werden.

Berichtigung von Einzahlungen und Leistungen

Art. 63.

¹ Wurde eine Einzahlung oder eine Leistung unrichtig festgesetzt, so ist sie rückwirkend auszugleichen. Die berichtigten Beträge sind nach dem allgemeinen Sparkassenzinsfuss der St.Gallischen Kantonalbank zu verzinsen. Trifft den Versicherten kein Verschulden, so hat er keinen Zins zu tragen.

² Die Ansprüche der Versicherungskasse können mit Kassenleistungen verrechnet werden.

³ Auf Rückerstattung kann ganz oder teilweise verzichtet werden, wenn den Bezüger an der unrichtigen Kassenleistung kein Verschulden trifft.

Verjährung

Art. 64.

¹ Forderungen auf wiederkehrende Beiträge und Leistungen verjähren nach fünf Jahren, Forderungen auf einmalige Beiträge und Leistungen nach zehn Jahren.

² Art. 129 bis 142 OR ⁷² werden angewendet.

Teuerungszulage

Art. 65.

¹ Die Teuerung wird wie bei den Besoldungen der Volksschullehrer ⁷³ auf Beginn des folgenden Kalenderjahrs ausgeglichen. Wird den aktiven Volksschullehrern nicht der volle Teuerungsausgleich gewährt, beschliesst die Regierung ⁷⁴ eine sachgemässe Regelung für den Teuerungsausgleich auf Renten ⁷⁵.

² Tritt ein Versicherter nach dem 63. Altersjahr in den Ruhestand und bezieht er die Altersrente später, so wird die Teuerung auf den Zeitpunkt der ordentlichen Rentenberechtigung ausgeglichen.

³ Die Regierung ⁷⁶ erlässt nähere Vorschriften.

B^{bis}. Risikoversicherung ⁷⁷

Jahresbeitrag

Art. 65bis. ⁷⁸

¹ Der Jahresbeitrag beträgt für den Versicherten und den Arbeitgeber je 0,75 ⁷⁹ Prozent der versicherten Besoldung.

Ergänzende Vorschriften

Art. 65ter. ⁸⁰

¹ Die Bestimmungen dieser Verordnung über die Rentenversicherung mit Ausnahme von Art. 26 bis 37 werden sachgemäss angewendet.

Austritt

Art. 65quater. ⁸¹

¹ Beim Austritt aus der Risikoversicherung werden keine Austrittsleistungen fällig.

C. Sparversicherung

I. Finanzierung

Jahresbeitrag

Art. 66.

¹ Die Sparversicherten und der Arbeitgeber entrichten auf der versicherten Besoldung die gleichen Jahresbeiträge wie die Rentenversicherten. ⁸²

² Die Beitragspflicht erlischt am Ende des 63. Altersjahrs, spätestens jedoch mit Entstehung des Rentenanspruchs. Die Beitragspflicht kann auf Antrag des Versicherten über das 63. Altersjahr ausgedehnt werden.

Spargutschriften

Art. 67.

¹ Die Spargutschriften werden jährlich in Prozenten der versicherten Besoldung berechnet. Dabei gelten folgende Ansätze:

Alter	Ansatz
25 bis 34	8 Prozent
35 bis 44	11 Prozent
45 bis 54	14 Prozent
55 bis 63	17 Prozent

² Das für die Berechnung der Spargutschrift massgebende Alter richtet sich nach der Bundesgesetzgebung über die berufliche Vorsorge.

³ Die Kassenverwaltung kann die Ansätze nach Abs. 1 dieser Bestimmung entsprechend dem versicherungstechnischen Stand ändern.

Ausserordentliche Einlage

Art. 67bis. ⁸³

¹ Das Sparguthaben kann bis zum 60. Altersjahr im Umfang der fehlenden Beitragssätze nach Art. 67 dieser Verordnung nach Massgabe der aktuellen versicherten Besoldung erhöht werden.

Verzinsung

Art. 68.⁸⁴

¹ Die Regierung legt die Verzinsung unter Berücksichtigung des versicherungstechnischen Standes der Sparversicherung fest. Der Zinssatz entspricht wenigstens dem Mindestzinssatz nach Art. 12 der eidgenössischen Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVV 2)⁸⁵. Die Spargutschriften eines Kalenderjahres werden vom folgenden 1. Januar an verzinst.

² Eingebrachte Austrittsleistungen werden ab Eingang verzinst.

Freie Mittel

Art. 68bis.⁸⁶

¹ Die Regierung kann eine Verteilung von freien Mitteln entsprechend dem versicherungstechnischen Stand der Sparversicherung beschliessen.

² Sie berücksichtigt bei der Verteilung fachlich anerkannte Grundsätze.

II. Leistungen

Massgebendes Sparguthaben

Art. 69.

¹ Das massgebende Sparguthaben für die Leistungsberechnung setzt sich zusammen aus:

- a) dem Sparguthaben, das der Versicherte bis zum Beginn des Leistungsanspruchs erworben hat;
- b) den Spargutschriften für die im Fall von Invalidität oder Tod bis zum erfüllten 63. Altersjahr fehlende Zeit ohne Zinsen. Sie berechnen sich aufgrund der geltenden versicherten Besoldung.

² Unterliegt die versicherte Besoldung Schwankungen, so berechnet sie sich nach den letzten zwölf Versicherungsmonaten.

Leistungen

a) bei Eintritt eines Versicherungsereignisses

Art. 70.

¹ Scheidet der Sparversicherte altershalber, infolge Tod oder Invalidität aus dem Dienst aus, so werden Leistungen aufgrund des massgebenden Sparguthabens nach den Ansätzen des BVG⁸⁷ gewährt.

² Der Versicherte hat frühestens Anspruch auf Altersleistungen, wenn er das 60. Altersjahr vollendet hat und das Dienst- oder Arbeitsverhältnis aufgelöst wird.

³ Beim freiwilligen vorzeitigen Übertritt in den Ruhestand wird der Umwandlungssatz je Jahr, um den der Übertritt vorverlegt wird, um 0,2 Prozentpunkte gekürzt. Der Umwandlungssatz für das ordentliche Rentenalter 63 beträgt 7,2 Prozent.

⁴ Bei Invalidität oder Tod wird das massgebende Sparguthaben um 30 Prozent erhöht. Für jedes über das 33. Altersjahr hinausgehende vollendete Lebensjahr vermindert sich der Zuschlag um 1 Prozentpunkt.

b) beim Austritt

Art. 71.⁸⁸

¹ Ein Sparversicherter, der ohne Anspruch auf eine Rente aus der Versicherungskasse ausscheidet, hat Anspruch auf eine Austrittsleistung in Höhe des Sparguthabens nach Art. 15 des Freizügigkeitsgesetzes⁸⁹, wenigstens aber auf den Mindestbetrag nach Art. 17 des Freizügigkeitsgesetzes⁹⁰.

Ergänzende Vorschriften

Art. 72.

¹ Die Vorschriften über die Rentenversicherung werden sachgemäss angewendet.

D. Spezialreserve

Ergänzende Personalfürsorge

Art. 73.

¹ Wenn die versicherungstechnischen Verhältnisse es gestatten, kann die Kassenverwaltung aus dem weitergehenden Vorsorgekapital aller Versicherungsarten Zuweisungen an eine Spezialreserve vornehmen, die für ergänzende Massnahmen der Personalfürsorge bestimmt ist.

E. Verwaltung und Rechtsschutz

Verwaltung

Art. 74.⁹¹

¹ Zuständig für die Versicherungskasse ist das Finanzdepartement. Die versicherungsmässige Geschäftsführung obliegt der Kassenverwaltung, die Vermögensverwaltung dem Amt für Vermögensverwaltung.

² Die Verwaltungskommission (paritätische Kommission nach Art. 51 BVG) besteht aus dem Vorsteher des Bildungsdepartementes als Präsident, fünf vom kantonalen Lehrerverein gewählten Versicherten und vier vom Verband St.Gallischer Schulträger bezeichneten Mitgliedern.

Versicherungstechnische Überprüfung

Art. 75.

¹ Jährlich wird eine versicherungstechnische Bilanz erstellt.

Rechtsschutz

Art. 76.⁹²

¹ Über Streitigkeiten aus der Anwendung dieser Verordnung entscheidet das Finanzdepartement.

² Das Recht, Klage vor dem Versicherungsgericht zu erheben, bleibt vorbehalten.

F. Schlussbestimmungen

Änderung bisherigen Rechts

Art. 77.

Die Verordnung über die Teuerungszulagen an die Rentenbezüger der kantonalen Lehrerversicherungskasse vom 7. Dezember 1971⁹³ wird wie folgt geändert:

Im Ingress wird Art. 52bis durch Art. 64 ersetzt.

Art. 1 wird aufgehoben.

Aufhebung bisherigen Rechts

Art. 78.

¹ Die Verordnung über die kantonale Lehrerversicherungskasse vom 21. Januar 1964⁹⁴ wird aufgehoben.

Übergangsbestimmungen

a) Wahrung des Besitzstandes

Art. 79.

¹ Der Ende des Jahres 1990 nach bisherigem Recht bestehende anwartschaftliche Altersrentenanspruch bleibt dem Rentenversicherten gewahrt.

² Mitglieder der bisherigen Sparkasse können innerhalb eines Jahrs nach Vollzugsbeginn dieser Verordnung auf Antrag der Sparversicherung zugeteilt werden.

b) Frauen

Art. 80.

¹ Für Frauen werden Art. 35 bis 37 der bisherigen Verordnung⁹⁵ weiterhin angewendet, wenn sie 1940 oder früher geboren sind.

² Sie erwerben zusätzlich den Anspruch auf eine Ehegattenrente nach dieser Verordnung.

³ Lehrerinnen, die vor 1. Januar 1984⁹⁶ das 50. Altersjahr vollendet haben, können ohne Rentenkürzung auf Ende des Schuljahrs, in dem sie das 60. Altersjahr vollendet haben, in den Ruhestand treten. Sie haben Anspruch auf eine Ergänzungsleistung nach Art. 37bis der bisherigen Verordnung⁹⁷.

c) Männer

Art. 81.

¹ Für Männer gelten folgende Bestimmungen, wenn sie 1932 oder früher geboren sind:

a) Wer nachstehende Mehrprämien leistet, wird vollumfänglich der Neuordnung unterstellt:

1931	6
1930	11
1929	20
1928	38
1927	91

Bei versicherungstechnischem Rentenanspruch wird der zusätzliche Jahresbeitrag entsprechend herabgesetzt.

b) Wer keine Mehrprämien leistet, unterliegt folgenden Bestimmungen:

1. *Beitragsleistungen.* Beiträge sind bis zum vollendeten 65. Altersjahr zu entrichten. Von der Beitragspflicht sind Rentenbezüger und Versicherte, die das 63. Altersjahr vollendet haben und wenigstens 35 Versicherungsjahre aufweisen, ausgenommen.
 2. *Versicherte Besoldung.* Die Renten werden nach der versicherten Besoldung am Ende der Beitragspflicht bemessen. Ab diesem Zeitpunkt wird die Rente der Teuerung angepasst.
 3. *Kürzung.* Wer nach vollendetem 63. Altersjahr mit mindestens 35 Versicherungsjahren, die eingekaufte Zeit eingeschlossen, in den Ruhestand übertritt, hat Anspruch auf eine ungekürzte Rente. Wer nach vollendetem 63. Altersjahr in den Ruhestand übertritt und weniger als 35 Versicherungsjahre aufweist, dem wird für jeden Monat, um den der Übertritt gegenüber dem 65. Altersjahr vorverlegt wird, die Rente um 0,45 Prozent gekürzt. Wer nach vollendetem 60. Altersjahr vorzeitig in den Ruhestand übertritt, dem wird die Rente für jeden Monat zwischen dem 60. und 63. Altersjahr um 0,6 Prozent und für jeden Monat zwischen dem 63. und 65. Altersjahr um 0,45 Prozent gekürzt.
 4. Art. 36 Abs. 1 dieser Verordnung wird nicht, Art. 36 Abs. 2 und Art. 37 dieser Verordnung werden sachgemäss angewendet.
- c) Der Versicherte kann innert sechs Monaten nach Vollzugsbeginn dieser Verordnung die Unterstellung unter die neue Ordnung nach lit. a dieser Bestimmung verlangen.

d) Einkauf der Ortszulage

Art. 82.

¹ Der Einkauf der Ortszulage nach Abschnitt III Ziff. 2 des VI.

Nachtragsgesetzes zum Gesetz über die Besoldung der Volksschullehrer ist:

- a) obligatorisch für Rentenversicherte, die 1941 oder später geboren sind;
- b) freiwillig für Rentenversicherte, die 1940 oder früher geboren sind.

² Für die Berechnung der Einkaufssumme ist die Höhe der letzten im Jahr 1990 bezogenen Ortszulage massgebend.

Bisherige Leistungsbezüger

Art. 83.

¹ Ansprüche bisheriger Leistungsbezüger und künftige Ansprüche ihrer Angehörigen richten sich nach bisherigem Recht.

Vollzugsbeginn

Art. 84.

¹ Diese Verordnung wird ab 1. Januar 1991 angewendet.

Schlussbestimmungen des Nachtrags vom 20. Dezember 1994⁹⁸

III.

1. Rentenansprüche, die vor Vollzugsbeginn dieses Nachtrags entstanden sind, bleiben erhalten.
2. Die versicherte Besoldung wird auf 1. Januar 1995 nach Art. 11 Abs. 1 dieser Verordnung, Fassung gemäss Nachtrag, festgelegt. Bei Rentenversicherten wird die aufgrund der Reduktion der versicherten Besoldung resultierende Freizügigkeitsleistung auf 31. Dezember 1994 auf ein Sperrguthaben bei der Versicherungskasse eingelegt.
3. Mitglieder, die 1971 oder später geboren sind, treten auf 31. Dezember 1994 aus der bisherigen Versicherungsart aus und werden auf 1. Januar 1995 in die Risikoversicherung aufgenommen. Die Austrittsleistung wird einem internen Sperrguthaben gutgeschrieben.
4. Für Mitglieder, die in den letzten fünf Jahren vor Vollzugsbeginn dieses Nachtrags von der Renten- in die Sparversicherung gewechselt haben, gilt Art. 71 Abs. 2 dieser Verordnung in der bisherigen Fassung weiter. Die Ansprüche nach den bundesrechtlichen Vorschriften werden gewahrt.
5. Am 31. Dezember 1994 bestehende Einkaufsschulden werden nach bisherigem Recht getilgt.
6. Art. 54 dieser Verordnung in der bisherigen Fassung gilt weiter, wenn ein Mitglied vor dem Jahr 1995 aus der Rentenversicherung ausgetreten ist

und spätestens auf 31. Dezember 1999 wieder in die Rentenversicherung eintritt.

7. Für Erhöhungen der versicherten Besoldung der Volksschullehrer und der Kindergärtnerinnen als Folge der Anrechnung von Dienstjahren bis zum 2. Maximum übernimmt der Arbeitgeber für alle am 31. Dezember 1994 in der Rentenversicherung Versicherten die ganze Nachzahlung. Die gleiche Regelung gilt für wiedereintretende Versicherte, die vor dem 31. Dezember 1994 einmal in der Rentenversicherung versichert waren.

Schlussbestimmungen des II. Nachtrags vom 18. November 1997⁹⁹

II.

Im ganzen Text wird «Regierungsrat» unter Anpassung an den Text durch «Regierung» ersetzt.

Schlussbestimmungen des IV. Nachtrags vom 17. November 1998¹⁰⁰

II.

1. Für Erhöhungen der versicherten Besoldung der Volksschullehrer und der Kindergärtnerinnen als Folge der Anrechnung von Dienstjahren bis zur Klasse D Stufe 1 übernimmt der Arbeitgeber für alle am 31. Dezember 1994 in der Rentenversicherung Versicherten die ganze Nachzahlung. Die gleiche Regelung gilt für wiedereintretende Versicherte, die vor dem 31. Dezember 1994 einmal in der Rentenversicherung versichert waren.
2. Für Rentenversicherte, die am 1. Januar 1999 das 60. Lebensjahr überschritten haben, entspricht die versicherte Besoldung vom 31. Dezember 1998 der versicherten Besoldung nach Art. 11 Abs. 3 dieser Verordnung.

Anhang 1

Höhe der Nachzahlungen

(in Prozenten der Erhöhung der versicherten Besoldung)

Vollendetes Altersjahr	Nachzahlung insgesamt (Versicherter und Arbeitgeber)	Vollendetes Altersjahr	Nachzahlung insgesamt (Versicherter und Arbeitgeber)
27 und jünger	-	45	148
28	80	46	152
29	84	47	156
30	88	48	160
31	92	49	164
32	96	50	168
33	100	51	172
34	104	52	176
35	108	53	180
36	112	54	184
37	116	55	188
38	120	56	192
39	124	57	196
40	128	58	200
41	132	59	200
42	136	60	200
43	140	61	200
44	144	62	200

Anhang 2¹⁰¹

Höhe des Jahresbeitrags ab 1. Januar 1999

(in Prozenten der versicherten Besoldung)

Altersjahr	Jahresbeitrag			
	Grundbeitrag Prozent	zusätzlicher Beitrag Versicherter Prozent	zusätzlicher Beitrag Arbeitgeber Prozent	
25	6,25	1,00	1,00	

26	6,25	1,03	1,04
27	6,25	1,06	1,08
28	6,25	1,10	1,11
29	6,25	1,13	1,16
30	6,25	1,17	1,21
31	6,25	1,21	1,26
32	6,25	1,25	1,31
33	6,25	1,29	1,38
34	6,25	1,33	1,45
35	6,25	1,37	1,52
36	6,25	1,41	1,61
37	6,25	1,46	1,69
38	6,25	1,50	1,80
39	6,25	1,55	1,90
40	6,25	1,60	2,01
41	6,25	1,65	2,13
42	6,25	1,71	2,25
43	6,25	1,76	2,40
44	6,25	1,82	2,55
45	6,25	1,87	2,72
46	6,25	1,93	2,90
47	6,25	1,99	3,09
48	6,25	2,06	3,29
49	6,25	2,12	3,52
50	6,25	2,19	3,75
51	6,25	2,26	4,01
52	6,25	2,33	4,29
53	6,25	2,41	4,58
54	6,25	2,49	4,89
55	6,25	2,56	5,24
56	6,25	2,65	5,60
57	6,25	2,73	6,00
58	6,25	2,82	6,42
59	6,25	2,91	6,88
60	6,25	3,00	7,36
61	6,25	3,00	7,36
62	6,25	3,00	7,36
63	6,25	3,00	7,36

Das Altersjahr ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Kalenderjahr und dem Geburtsjahr.

Anhang 3¹⁰²

Einkaufssummen für die Erhöhung des Altersrentensatzes um 1 Prozentpunkt

(in Prozenten der versicherten Besoldung im Einkaufszeitpunkt)

bzw.

Austrittsleistungen je 1 Franken erreichte Altersrente

(in Franken)

Altersjahr	Einkaufssumme (Prozent) Austrittsleistung (Franken)
25	5,47
26	5,50
27	5,54
28	5,58
29	5,63
30	5,68
31	5,73
32	5,79
33	5,86
34	5,94
35	6,02
36	6,11

37	6,20
38	6,30
39	6,41
40	6,53
41	6,66
42	6,91
43	7,17
44	7,44
45	7,71
46	8,00
47	8,30
48	8,61
49	8,93
50	9,26
51	9,60
52	9,96
53	10,33
54	10,71
55	11,11
56	11,53
57	11,96
58	12,41
59	12,88
60	13,38
61	13,91
62	14,48
63	15,03

Das Altersjahr ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Kalenderjahr (Einkaufs- bzw. Auskaufszeitpunkt) und dem Geburtsjahr.

Die Tabellenwerte beziehen sich nur auf den ersten Tag des Altersjahres. Die Zwischenwerte werden auf Tagesbasis ermittelt.

1 nGS 25-74; nGS 30-35; nGS 34-4. In Vollzug ab 1. Januar 1991. Geändert durch Nachtrag vom 20. Dezember 1994, nGS 30-7; II. Nachtrag vom 18. November 1997, nGS 32-88; III. Nachtrag vom 30. Juni 1998, nGS 33-61; IV. Nachtrag vom 17. November 1998, nGS 33-93; V. Nachtrag vom 17. Dezember 2002, nGS 38-5; VI. Nachtrag vom 10. Januar 2006, nGS 41-1; VII. Nachtrag vom 9. Januar 2007, nGS 42-8; Abschnitt II Ziff. 10 des VI. Nachtrags zum [GeschR](#) vom 30. Oktober 2007, nGS 42-101 (sGS [141.3](#))

2 sGS [213.51](#).

3 SR 831.40.

4 sGS 213.51.

5 BG über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 25. Juni 1982, [SR](#) 831.40.

6 BG über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 25. Juni 1982, [SR](#) 831.40.

7 Geändert durch VI. Nachtrag zum [GeschR](#).

8 Eingefügt durch Nachtrag.

9 Fassung gemäss Nachtrag.

10 Eingefügt durch Nachtrag.

11 Fassung gemäss Nachtrag.

12 Fassung gemäss Nachtrag.

13 Fassung von Abs. 1 gemäss III. Nachtrag.

14 sGS 213.1.

15 sGS 212.1.

16 Fassung gemäss IV. Nachtrag.

17 Fassung gemäss Nachtrag.

18 Abs. 3 eingefügt durch IV. Nachtrag.

19 Fassung von Abs. 2 gemäss Nachtrag.

20 Geändert durch VI. Nachtrag zum [GeschR](#).

21 Fassung gemäss Nachtrag.

22 Abs. 3 aufgehoben durch Nachtrag.

23 Aufgehoben durch VI. Nachtrag.

24 Fassung gemäss Nachtrag.

25 Fassung gemäss Nachtrag.

26 Eingefügt durch Nachtrag.

27 Fassung gemäss VI. Nachtrag.

- 28 Fassung gemäss Nachtrag.
- 29 Fassung von Abs. 3 gemäss IV. Nachtrag.
- 30 Fassung gemäss Nachtrag.
- 31 Fassung von Abs. 3 gemäss Nachtrag.
- 32 Abs. 2 aufgehoben durch IV. Nachtrag.
- 33 Geändert durch VI. Nachtrag zum [GeschR](#).
- 34 sGS 213.1.
- 35 Fassung gemäss IV. Nachtrag.
- 36 Fassung gemäss Nachtrag.
- 37 Fassung gemäss III. Nachtrag.
- 38 Fassung gemäss III. Nachtrag.
- 39 Fassung gemäss III. Nachtrag.
- 40 Fassung gemäss III. Nachtrag.
- 41 Fassung gemäss III. Nachtrag.
- 42 Fassung gemäss Nachtrag.
- 43 Fassung gemäss Nachtrag.
- 44 Fassung gemäss Nachtrag.
- 45 Fassung gemäss Nachtrag.
- 46 Fassung gemäss Nachtrag.
- 47 BG über die Invalidenversicherung vom 19. Juni 1959, [SR](#) 831.20.
- 48 BG über die Invalidenversicherung vom 19. Juni 1959, [SR](#) 831.20.
- 49 Eingefügt durch Nachtrag.
- 50 BG über die Invalidenversicherung vom 19. Juni 1959, [SR](#) 831.20.
- 51 Fassung gemäss Nachtrag.
- 52 Fassung gemäss Nachtrag.
- 53 Fassung gemäss Nachtrag.
- 54 BG über die Invalidenversicherung vom 19. Juni 1959, [SR](#) 831.20.
- 55 BG über die Invalidenversicherung vom 19. Juni 1959, [SR](#) 831.20.
- 56 BG über die Invalidenversicherung vom 19. Juni 1959, [SR](#) 831.20.
- 57 Eingefügt durch Nachtrag.
- 58 BG über die Invalidenversicherung vom 19. Juni 1959, [SR](#) 831.20.
- 59 Fassung gemäss Nachtrag.
- 60 Fassung gemäss Nachtrag.
- 61 BG über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 17. Dezember 1993, [SR](#) 831.42.
- 62 BG über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 17. Dezember 1993, [SR](#) 831.42.
- 63 BG über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 17. Dezember 1993, [SR](#) 831.42.
- 64 Fassung gemäss Nachtrag.
- 65 Fassung gemäss Nachtrag.
- 66 Aufgehoben durch Nachtrag.
- 67 Fassung gemäss Nachtrag.
- 68 [SR](#) 831.41 (aufgehoben).
- 69 Fassung des zweiten Satzes gemäss Nachtrag.
- 70 Fassung gemäss Nachtrag.
- 71 BG über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 25. Juni 1982, [SR](#) 831.40.
- 72 BG betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Fünfter Teil: Obligationenrecht) vom 30. März 1911, [SR](#) 220.
- 73 sGS 213.51.
- 74 Fassung gemäss II. Nachtrag.
- 75 Abs. 1 zweiter Satz eingefügt durch Nachtrag.
- 76 Fassung gemäss II. Nachtrag.
- 77 Eingefügt durch Nachtrag.
- 78 Eingefügt durch Nachtrag.
- 79 Fassung gemäss II. Nachtrag.
- 80 Eingefügt durch Nachtrag.
- 81 Eingefügt durch Nachtrag.
- 82 Fassung gemäss IV. Nachtrag.
- 83 Eingefügt durch IV. Nachtrag.
- 84 Fassung gemäss V. Nachtrag.
- 85 [SR](#) 831.441.1.
- 86 Eingefügt durch V. Nachtrag.
- 87 BG über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 25. Juni 1982, [SR](#) 831.40.
- 88 Fassung gemäss Nachtrag.
- 89 BG über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 17. Dezember 1993, [SR](#) 831.42.
- 90 BG über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 17. Dezember 1993, [SR](#) 831.42.
- 91 Geändert durch VI. Nachtrag zum [GeschR](#).

- 92 Fassung gemäss VI. Nachtrag.
- 93 sGS 213.551.
- 94 nGS 20-6 (sGS 213.55).
- 95 nGS 20-6.
- 96 Siehe nGS 18-101.
- 97 nGS 20-6.
- 98 nGS 30-7.
- 99 nGS 32-88.
- 100 nGS 33-93.
- 101 Fassung gemäss IV. Nachtrag.
- 102 Fassung gemäss Nachtrag.